

Redner: Konsul Klaus-Hinrich Vater, Präsident der IHK zu Kiel
Event: Jahresempfang 2011 der IHK zu Kiel –
Thema: Investieren in Zeiten des Sparens
Datum: 11. Januar 2011, 16:00 Uhr
Ort: Kieler Schloss

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Geerds, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Carstensen, sehr geehrte Damen und Herren Parlamentarier aus dem Deutschen Bundestag, dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und aus den vielen Kommunalparlamenten unseres IHK-Bezirks, der ja immerhin von Damp bis Wedel reicht, sehr geehrte Damen und Herren Minister und Staatssekretäre, sehr geehrte Damen und Herren Verwaltungschefs und Repräsentanten aus den Kreis- und Rathäusern.

Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Meine Damen und Herren, wir wollen diesen Jahresempfang – wie im Vorjahr – wieder dazu nutzen, besonders verdienstvolle Persönlichkeiten oder Organisationen vorzustellen, die sich für unsere Gesellschaft und um unser Zusammenleben verdient gemacht haben. Sie erinnern sich: Vergangenes Jahr haben wir die Feuerwehr in den Mittelpunkt gestellt, dieses Jahr ist es der Wettbewerb Jugend forscht. Ich begrüße ganz besonders herzlich die Leiterin des

Landeswettbewerbs, Frau Bettina Hampel-Wollweber, und die Landessieger des Wettbewerbs Fabian Zoske und Janis Sprenger. - Ja, ich darf Sie bitten, ruhig einmal aufzustehen. Der Applaus gehört Ihnen!

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft braucht dringend jugendlichen Nachwuchs mit naturwissenschaftlich-technischer Neigung, und darum unterstützen wir den Wettbewerb Jugend forscht. In Schleswig-Holstein beteiligen sich rund 200 Jungforscher alljährlich an diesem Wettstreit. Besonders stolz sind wir, wenn dabei immer mal wieder ein Bundessieger aus Schleswig-Holstein zu verzeichnen ist. Frau Hampel-Wollweber, seit nahezu 25 Jahren halten Sie hier im Land ehrenamtlich die Fahne des Wettbewerbs an den Schulen hoch. Dafür gebührt Ihnen großer Respekt und unser herzlicher Dank!

Meine Damen und Herren, die IHKs im Lande haben sich sehr stark dafür eingesetzt, den Bundeswettbewerb Jugend forscht dieses Jahr erstmals seit der Gründung durch Henri Nannen im Jahr 1965 nach Schleswig-Holstein zu holen. Zum Notieren: In der Zeit vom 19. bis 22. Mai wird der 46. Bundeswettbewerb in Kiel unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Christian Wulff durchgeführt. Wir wollen mit unserem Engagement unterstreichen, wie wichtig die Motivation junger Menschen ist, sich mit den so genannten MINT-Fächern auseinander zu setzen.

Lieber Herr Landtagspräsident Geerds, haben Sie vielen Dank dafür, dass die Politik in dieser Zeit einmal beiseite tritt und das Landeshaus komplett in die Hand der Nachwuchsforscher gelegt wird. Wir freuen

uns sehr, dass mehrere Hundert kleine Einsteins und Daniel Düsentriebs ihre Arbeitsproben im Haus an der Förde ausstellen dürfen.

In diesem Zusammenhang darf ich Dr. Philipp Murmann, Unternehmer und Bundestagsabgeordneter – und übrigens auch Mitglied der Vollversammlung unserer IHK – für seine Initiative danken, den Wettbewerb in den Norden der Republik zu holen. Dafür wurde extra das Forschungsforum Schleswig-Holstein gegründet. Dieser Verein führt in Abstimmung mit Jugend forscht den Wettbewerb durch und – meine Damen und Herren Unternehmerkollegen – der Verein sammelt auch das Geld ein, was zur Durchführung eines so ehrgeizigen Projektes nun einmal benötigt wird. Und ich darf sagen, dass noch eine ordentliche Lücke klafft.

Lieber Herr Bildungsstaatssekretär Eckhard Zirkmann, Sie sehen, wir fordern nicht nur, wir nehmen Dinge, die wir für richtig halten, auch selbst in die Hand.

Eine zweite Gruppe möchte ich ebenfalls angemessen begrüßen. Aus unserem IHK-Bezirk wurden von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und vom Präsidenten des DIHK Hans Heinrich Driftmann, von dem ich Ihnen herzliche Grüße übermitteln darf, sechs ehemalige Auszubildende als Bundesbeste geehrt.

Und das sind die Super-Azubis 2010:

Patrick Friedhoff, Schwentinal – Stefan Mathes, Rellingen

Wiebke Rahn, Rendsburg – Ronny Redel, Schenefeld

Annika Kroeger, Itzehoe – Daniel Vehre, Kiel

Hauptgeschäftsführer Dr. Jörn Biel und ich werden diese ganz besonderen Leistungsträger und Ihre Ausbilder im Anschluss an die Redebeiträge nach vorne bitten. Später also mehr von den Super-Azubis und ihren Super-Ausbildern.

Ganz herzlich begrüße ich Uli Wachholtz, Präsident der Vereinigten Unternehmensverbände von HH und SH, UV Nord, und nicht weniger herzlich den Ehrenpräsidenten unserer IHK zu Kiel, Konsul Dr. Fritz Süverkrüp.

Und einmal bei der IHK-Familie angekommen: Ein herzliches Willkommen auch den Vertretern unserer Schwesterkammern aus Flensburg und Lübeck sowie der IHK-Nord. Stellvertretend für alle begrüße ich die Präsidenten, Uwe Möser und Christoph Andreas Leicht, sowie die Hauptgeschäftsführer, Peter Michael Stein und Matthias Schulz-Kleinfeldt sowie Prof. Hans-Jörg Schmidt-Trenz aus Hamburg und Jörg Orlemann aus Stade.

Meine Damen und Herren, Herr Leicht ist nicht nur Präses der Lübecker IHK, er ist zugleich Präsident unserer IHK Schleswig-Holstein. Und der Name Leicht ist verbunden mit unserem IHK-Projekt „Schleswig-Holstein 2030“. Dieses von ihm angestoßene Strategieprojekt soll darlegen, wie Schleswig-Holstein im Jahre 2030 ein moderner, leistungsfähiger und für Unternehmen attraktiver europäischer Standort sein kann. Dieses Papier soll in der zweiten Jahreshälfte vorgelegt werden und helfen, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern. Meine Damen und Herren aus der Politik:

Dieses Strategiepapier sehen wir als einen ganz wesentlichen Beitrag zur gesetzlich auferlegten Politikberatung an.

Unter dem Stichwort 2030 komme ich nun zu unserem Ehrengast des heutigen Abends. Ich begrüße herzlich Klaus-Peter Schöppner, Geschäftsführer der TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH. Wir hatten Sie gebeten, ein wenig nach vorne zu schauen, das Jahr 2030 in Ihrem Vortrag anzuvisieren. Die Tatsache übrigens, dass wir Herrn Schöppner zu diesem Thema eingeladen haben, lange bevor das IHK-Projekt 2030 geboren wurde, zeigt, wie dicht die drei Kammern im Denken und Handeln auch unabgestimmt beieinander sind. Lieber Herr Schöppner, wir sind gespannt auf Ihren Vortrag, schön, dass Sie hier sind!

Und schließlich begrüße ich Sie alle, die rund 1.300 Kolleginnen und Kollegen aus der Unternehmerschaft unseres IHK-Bezirks, ganz herzlich. Ihr Interesse am Jahresempfang Ihrer IHK zu Kiel freut uns sehr. Ich wünsche Ihnen eine informative Zeit und später einen regen Austausch mit den Kollegen und den Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft. Die leiblichen Genüsse mögen dieses Vorhaben unterstützen.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft brummt! Dieser im Moment häufig gebräuchlichen Redewendung ist nichts hinzuzufügen. Nach dem Wirtschaftswachstum von weit mehr als drei Prozent im Jahr 2010 – dem besten Wert seit der Wiedervereinigung – rechnen wir für das Jahr 2011 mit 2,4 Prozent. Das wäre immerhin ein doppelt so starkes Wachstum wie im Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre.

Wir können also ganz beruhigt in unsere Auftragsbücher und in die Zukunft blicken.

Lassen Sie mich – um diese Aussage zu erhärten – kurz in die Vergangenheit schauen. Bereits im Herbst 2009 hatte sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag mit seiner Wachstumsprognose für 2010 von damals 2 Prozent an die Spitze der Optimisten gesetzt und war dafür von vielen belächelt worden. Zu Jahresbeginn – als der ungewöhnlich lange und kalte Winter viele Institute zu Prognosekorrekturen nach unten veranlasst hatte – setzte der DIHK angesichts der weiter steigenden Geschäftserwartungen und Investitionspläne der befragten Unternehmen seine Wachstumsprognose nach oben auf 2,3 Prozent. Im August haben wir unsere Wachstumserwartung auf 3,4 Prozent angehoben, und mittlerweile ist ein Wachstum von deutlich mehr als drei Prozent sicher.

Um es klar zu sagen: Wir sind stolz auf unsere Analysefähigkeit und die Belastbarkeit unserer Aussagen. Die Prognosen basieren auf mehr als 28.000 (!) Unternehmerantworten. Die breit angelegte und seit mehr als 30 Jahren regelmäßig durchgeführte Befragung erlaubt eine einzigartige ganzheitliche Konjunkturanalyse Deutschlands. Dies, meine Damen und Herren, können nur die IHKs. Und wir prognostizieren so treffsicher, weil Sie, liebe Unternehmerinnen und Unternehmer, es sind, die uns Ihre Einschätzungen zur Verfügung stellen. Der Unternehmer weiß besser als jeder Wirtschaftswissenschaftler, wie es um sein Unternehmen und seine Branche bestellt ist. Daher mein herzlicher Dank an alle, die immer

wieder fleißig und gewissenhaft die vierteljährliche Befragung über sich ergehen lassen.

Genau diese von Ihnen zur Verfügung gestellten Einschätzungen lassen mich aber auch die Risiken für die Konjunktur benennen. Große Sorgen bereitet uns die Euro-Schuldenkrise, und von der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise geht ebenfalls eine nicht unbeträchtliche Gefahr für einen nachhaltigen Aufschwung aus. Ein besonderes Augenmerk gilt schon jetzt dem dramatisch zunehmenden Fachkräftemangel. Ich gehe nachher noch in anderen Zusammenhängen darauf ein. – Aber es bleibt dabei: Die Stimmung in den Unternehmen ist gut bis sehr gut.

Wer hätte gedacht, dass wir so schnell aus der härtesten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit herauskommen? Erklärungsmuster hierfür gibt es natürlich viele. Grundsätzlich kann man sagen, dass neben einer in der Krise klugen und zupackenden Politik sowie Banken und Sparkassen, die der Wirtschaft nicht den Geldhahn zugezogen haben, der größte Dank aber dem deutschen Mittelstand gilt, der in der Krise enorme Verantwortung für die Gesellschaft gezeigt hat. Es ist Ihr Erfolg, meine Damen und Herren, und es ist schön, dass der Schornstein wieder raucht.

Ich möchte noch einen Moment beim Stichwort Verantwortung und einer möglichen Vermeidung neuer Krisensituationen verweilen und an die abschließende Botschaft meiner letztjährigen Rede anknüpfen. Wenn wir uns einig sind, dass unseriöse Immobilien- und Finanzgeschäfte mit all ihren Weiterungen und die Gier auf beiden

Seiten des Tresens zu den hoffentlich hinter uns liegenden Verwerfungen geführt haben, bleibt für mich nur eine Antwort darauf, dieses zukünftig zu vermeiden: Wir müssen zu den Grundgedanken des „Ehrbaren Kaufmanns“ zurückkehren. Hätten sich einige mehr die ethischen Dimensionen des „Ehrbaren Kaufmannes“ zu Eigen gemacht, die hinter uns liegende Finanz- und Wirtschaftskrise wäre so nicht ausgelöst worden.

Für mich ist die Bezeichnung „Ehrbarer Kaufmann“ das gewachsene Leitbild für verantwortliches Teilnehmen am Wirtschaftsleben. Es steht für ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein für das eigene Unternehmen, gegenüber Mitarbeitern und Kunden und für die Orientierung an Tugenden, die den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg zum Ziel haben und nicht den schnellen Gewinn ohne Rücksichtnahme. Diese Tugenden sind unter anderen Fleiß, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Entschlossenheit, Aufrichtigkeit, Mäßigung, und Demut. Und im Idealfall verschmelzen im Handeln des Ehrbaren Kaufmanns Wirtschaft und Ethik zu einer Einheit. Anspruchsvoll – ich weiß! Anders geht es aber meines Erachtens nicht, meine Damen und Herren.

Investieren in Zeiten des Sparens. So heißt es in der Einladung zur heutigen Veranstaltung. Was meine ich damit?

Zunächst meine ich damit, dass das Sparen ohne Alternative ist. Herr Ministerpräsident, Ihre schwarz-gelbe Regierung hat erstmals in der jüngeren Geschichte des Landes einen Sparhaushalt vorgelegt, der diesen Namen verdient hat. Ihnen und Ihrer Koalition – ich will die

Liberalen, lieber Herr Kubicki, gar nicht ausnehmen – ist der erste ernsthafte Versuch gelungen, in der Finanzpolitik das Ruder herumzureißen. Erstmals werden im Doppelhaushalt die Ausgaben sinken. Dafür gebührt Ihnen unser Respekt! – Der Applaus gehört Ihnen zu Recht, jetzt gilt es den Konsolidierungskurs konsequent fortzusetzen. Bis 2020 hat die Landespolitik – in welchen Farbenspielen auch immer – noch einen steinigen Weg vor sich. Aber er muss beschritten werden.

Erwähnen möchte ich an dieser Stelle, dass unser Vorschlag vom letzten Jahr, auf die einzelbetriebliche Investitionshilfe zu verzichten, zu guten Teilen umgesetzt wurde. Wir haben dieses Thema auch in die Gremien des DIHK gegeben und hoffen so, auch andere IHKs zu bewegen, auf ihre Landesregierungen einzuwirken. Die einzelbetriebliche Investitionsförderung sollte schon aus Gründen der Wettbewerbsverzerrung bundesweit gestrichen werden. Sie haben uns da an Ihrer Seite, lieber Herr de Jager, als Vorsitzender der Wirtschaftsministerkonferenz wollen Sie dieses Ziel nach eigener Aussage ja verfolgen.

Sparen alleine reicht aber nicht. Um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu gewährleisten muss kräftig investiert werden. Und vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung gilt hierbei „nicht kleckern, sondern klotzen“.

Meine Damen und Herren, ich hatte im letzten Jahr bei einer Veranstaltung der Kieler Wirtschaftsjunioren Gelegenheit, mir einen Vortrag von Herrn Prof. Beske über das Gesundheitswesen

anzuhören. Der Vortrag war gleichermaßen beeindruckend wie niederschmetternd. Unnachahmlich unaufgeregt hat Herr Beske uns die demographische Entwicklung und ihre dramatischen Folgen für das Gesundheits- und Sozialwesen und dessen Finanzierbarkeit sowie für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft aufgezeigt. In der anschließenden Diskussion sind wir letztlich zu dem Schluss gekommen, dass die Politik entweder unwissend ist oder ihre Verantwortung nicht ausreichend wahrnimmt. Beendet wurde die lebhafte Diskussion abrupt – ich vermute unabsichtlich – durch eine ebenfalls anwesende Abgeordnete unseres Landtages. Ziemlich empört sagte sie, dass sie und ihre Kollegen natürlich um diese Zusammenhänge wüssten, und fragte, ob wir denn im Ernst glaubten, dass sie noch gewählt werden würden, wenn sie diese Dinge offen ansprächen. Damit war alles gesagt.

Meine Damen und Herren, ich möchte dagegen halten. Angesichts der gewaltigen Aufgaben, die vor uns liegen, muss politische Verantwortung doch in erster Linie den heutigen und künftigen Bürgern unserer Gesellschaft gelten und nicht der eigenen Position oder Partei.

Zurück zum Thema. Um aufzuzeigen, dass Sparen und Investieren kein Widerspruch sind, möchte ich den Vergleich mit einem Wirtschaftsunternehmen anstellen. Mit einem Unternehmen, das am Ende des Tages Gewinn erwirtschaften muss und das fortlaufend investieren und seine Kosten und die Effizienz seiner Prozesse im Blick haben muss, um wettbewerbs- und damit überlebensfähig zu sein. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns Schleswig-Holstein

als ein Unternehmen verstehen. Ein Unternehmen mit einer Vision: die Menschen leben gerne hier, sie leben im Wohlstand, sie haben einen hohen Bildungsgrad unabhängig von ihrer Herkunft, sie haben eine Perspektive, die Handlungsfähigkeit ist auf Dauer gesichert, und die Sozialsysteme funktionieren.

Unabdingbar notwendig dafür sind deutlich steigende Einnahmen durch überdurchschnittliches Wachstum der Wirtschaft einerseits und drastisch sinkende Ausgaben bei den beiden großen Haushaltsposten Sozialtransfer und Verwaltung andererseits. Und die Frage, wie ich dies erreichen kann, kennt nur eine Antwort: durch Investitionen. Investitionen in Bildung, in Infrastruktur und in die Modernisierung der Verwaltungssysteme.

Die Tatsache, dass wir jedes Jahr aufs neue 20 Prozent der Schulabgänger nicht qualifizierbar ins Leben entlassen, ist nicht nur ein gesellschaftlicher, sondern auch ein volkswirtschaftlicher Skandal. Es muss gelingen, diese Zahl erheblich zu reduzieren. Zum einen, um den Teufelskreis der Sozialhilfe als Familienerbschaft aufzubrechen und so Gesundheits- und Sozialwesen entscheidend zu entlasten, und zum anderen, um der Wirtschaft mehr potentielle Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen, die sie dringend brauchen wird, um nicht zu schrumpfen. Und schon heute ist es so, dass immer mehr Unternehmen betriebseigenen Unterricht einführen, nur damit ihre Auszubildenden Lesen, Schreiben und Rechnen lernen.

Erreichen werden wir dieses Ziel übrigens nicht dadurch, dass wir nach jeder Landtagswahl eine Strukturreform erleben, und auch nicht

dadurch, dass Schulabschlüsse per Verordnung erteilt werden. Wir müssen uns vielmehr um Inhalte, um Qualität und um moderne Lehr- und Lernmethoden kümmern. Und das beginnt bei den ganz Kleinen:

Die frühkindliche Bildung muss entscheidend verbessert werden. Ich stelle mir Kindergärten mit an Fachschulen ausgebildetem Personal vor, im Vorschuljahr sollte ein verpflichtender Kindergartenbesuch vorgesehen sein, und mit Hilfe so genannter Elementarlehrer sollte eine bessere Schulreife erreicht werden. Die deutsche Sprachkompetenz muss unbedingt ausgebaut werden. Damit wird insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund die Grundlage für eine problemlose Integration in Schul-, Ausbildungs- und Arbeitswelt gelegt. Wenn ich kein ordentliches Fundament schaffe, kann ich darauf kein solides Unternehmensgebäude, sondern allenfalls eine Gartenbude errichten.

Desweiteren benötigen wir deutlich mehr gebundene Ganztagschulen ab der ersten Klasse. Und zwar solche, wo die Kinder nicht nur untergebracht, sondern wo sie auch am Nachmittag schulisch betreut werden. Es ist zwar richtig, dass Eltern nicht aus ihrer Pflicht entlassen werden dürfen. Richtig ist aber auch, dass es eine Vielzahl von Kindern gibt, die sich selbst überlassen sind und deren Eltern aus unterschiedlichen Gründen auch von den engagiertesten Lehrern nicht erreicht werden. Und übergreifend muss zumindest in den Brennpunktbereichen die schulische Sozialarbeit ausgeweitet werden, denn wir können die Augen nicht davor verschließen, dass an vielen Schulen ein normaler Unterricht kaum noch möglich ist.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, ist das Fach Wirtschaft an allen allgemeinbildenden Schulen – vermittelt durch qualifizierte Ökonomelehrer und ergänzt durch eine frühzeitige und systematische Berufsorientierung. Zum einen können wir uns die hohe entweder auf Unwissenheit oder auf Überforderung fußende Abbrecherquote von mehr als 20 Prozent nicht mehr leisten, und zum anderen muss der Berufswunsch Unternehmer Einzug halten in die Köpfe unser Jugendlichen.

Meine Damen und Herren, Bildung ist ein weites Feld. Lassen Sie mich abschließend generell folgendes festhalten: Wir müssen dem Bildungsföderalismus in der Bundesrepublik endlich entgegentreten. Alles andere ist bildungspolitischer und volkswirtschaftlicher Wahnsinn. Und den Anfang können wir hier im Norden machen. Die Schulsysteme von Schleswig-Holstein und Hamburg müssen angeglichen werden, sodass die Mobilität für Schüler und ihre Eltern zumindest in diesem einheitlichen Wirtschaftsraum uneingeschränkt gesichert ist. Am Gastschulabkommen muss nachgebessert und bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut werden.

Sie sehen, lieber Herr Zirkmann, wir wissen schon ganz genau, was wir wollen. Ich weiß, die Erwartungen an die Bildungspolitik sind groß. Aber wir formulieren hier nicht nur Defizite, sondern auch Wege raus aus der Misere. Auch und gerade in Zeiten des Sparens muss in die Zukunft investiert werden. In diesem Fall in die Köpfe unserer jungen und nachwachsenden Generation.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, weil es nirgendwo besser passt, an dieser Stelle noch ein Wort zur Christian-Albrechts-Universität, deren Spitze ich hiermit ebenfalls herzlich willkommen heiße. Die CAU ist eine Spitzenuniversität, und wir begrüßen die Exzellenzinitiative, die Bewerbung als Eliteuniversität ausdrücklich. Wir wünschen dabei nicht nur alles erdenklich Gute, sondern fordern die Politik auf, sich klar zur Initiative zu bekennen und sie nach Kräften zu unterstützen. Die Exzellenzinitiative zielt ja darauf ab, gleichermaßen Spitzenforschung und die Anhebung der Qualität als Hochschul- und Wissenschaftsstandort zu fördern und den Standort Schleswig-Holstein dadurch nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich sichtbar zu machen. Die Exzellenzinitiative, meine Damen und Herren, hat große struktur- und profilbildende Wirkung entfaltet, sie schafft neue forschungsfreundliche Strukturen und fördert interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der Universitäten, den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft. Es gibt also jeden Grund, die Initiative mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen. Ich hoffe, dass die wahrlich nicht immer hilfreichen Signale, die im vergangenen Jahr von Schleswig-Holstein aus gesendet wurden, sich nicht negativ auf die Positionierung der CAU im Rahmen des Wettbewerbs auswirken.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, dass ich einen IHK-Werbeblock einblende, ich bleibe thematisch bei der Bildung. Wir haben in dem abgelaufenen Jahr wieder unser Ziel erreicht und allen ausbildungsbereiten Jugendlichen eine Ausbildungschance

angeboten. Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse wurde gegenüber dem Vorjahr gesteigert auf 11.330, was einem Zuwachs von einem Prozent entspricht. Wir haben landesweit deutlich mehr als 800 neue Ausbildungsbetriebe und gut 1.200 neue Ausbildungsplätze eingeworben. Hinzu kommen um die 600 Plätze zur Einstiegsqualifizierung. Und mit dem Projekt Kooperation Schule-Betrieb haben wir einen Leuchtturm in unserem Land errichtet, dessen Strahlkraft auf mehr als 500 Partnerschaften beruht.

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben also nicht zu einer Krise in der Ausbildung geführt, und die Ausbildungsbetriebe scheinen die demografische Entwicklung bereits im Blick zu haben. Und auch der schon vor der Krise hier und da aufleuchtende Fachkräftemangel wurde nur kurz verdeckt. Aktuell haben bereits 70 Prozent der Unternehmen generell oder zumindest teilweise Probleme, passende Fachkräfte für ihre offenen Stellen zu finden. Deshalb müssen wir uns auch dem Thema Zuwanderung und Integration stärker zuwenden als bisher. Alleine können wir die Herausforderungen künftig nicht mehr bewältigen. Integration muss nicht nur gefordert, sondern vor allen Dingen gelebt werden. „Wir müssen ein Land werden, in dem das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft selbstverständlich ist.“ Dies sagten vor kurzem Sie, lieber Herr Landtagspräsident Geerds, auf dem Jahresempfang der Kieler Nachrichten. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Und damit komme ich zum zweiten Investitionsbereich, der Infrastruktur. Bei aller Notwendigkeit des Sparens muss der Staat sich um leistungsfähige Infrastrukturen kümmern, meine Damen und

Herren. Auch wenn es immer noch Menschen gibt, die ihre Augen davor verschließen, wirtschaftliches Wachstum entsteht dort, wo in moderne Infrastruktur investiert wird und wo Vertrauen in eine sich langfristig zu dieser Tatsache bekennende Politik gegeben ist. Und in Richtung der Grünen möchte ich deutlich sagen, dass moderne Infrastruktur keinen Widerspruch zum Umweltschutz bildet, im Gegenteil, sie trägt entscheidend dazu bei.

Beginnen möchte ich mit der Verkehrsinfrastruktur, auch wenn ich mich auf Weniges beschränken muss. An erster Stelle steht der Dauerbrenner A 20, das Verkehrsprojekt der Deutschen Einheit. Wir sind jetzt im 20. Jahr der Einheit und der Bau der Autobahn schleppt sich sozusagen meterweise durchs Land. So kann es nicht weitergehen. Meine Damen und Herren, der Weiterbau der A 20 ist nach wie vor das wichtigste Verkehrsprojekt für Schleswig-Holstein. Denn er verbindet unser Land mit Westdeutschland und Westeuropa. Damit erleichtert sie die Verbindung zu Märkten, die um ein Vielfaches größer sind als die, die sich durch andere, ebenfalls wichtige Verkehrsprojekte leichter erreichen lassen. Und das ist es, was für die Unternehmen im Lande zählt. Doch leider müssen wir beobachten, dass die Planung der A 20 nicht ganz so zügig voran zu schreiten scheint, wie wir lange glaubten. Bereits seit Ende 2007 wird am Planabschnitt 7 im westlichen Teil des Landes gearbeitet. Mit einem Planfeststellungsbeschluss wird frühestens 2013 gerechnet. Das sind mindestens fünf Jahre! Für andere Verfahren ist mit einer Dauer von nur etwa zwei Jahren weniger als die Hälfte angesetzt. Das überrascht. Denn wenn ein Streckenabschnitt aufwändiger zu planen ist als ein anderer, müssen ihm eben mehr Ressourcen zugeordnet

werden. So arbeiten wir jedenfalls in der Wirtschaft, wenn wir befürchten, einen Auftrag nicht zeitgerecht erfüllen zu können. Wenn die Landesregierung ein Infrastrukturvorhaben als vorrangig bezeichnet, muss man das auch an seinem Planungs- und Baufortschritt merken. Davon ist momentan nichts festzustellen!

Das andere große infrastrukturelle Sorgenkind sind die Wasserstraßen. Der Wirtschaftsmotor Schleswig-Holsteins ist Hamburg und der Wirtschaftsmotor Hamburgs ist sein Hafen. Also hängt die schleswig-holsteinische Wirtschaft mittelbar vom Hamburger Hafen und seiner Entwicklung ab. Deswegen hat unser Land auch ein großes Interesse daran, dass die Fahrrinne der Elbe endlich angepasst wird. Und deswegen begrüßen wir auch ausdrücklich, dass der Bund das Geld dafür bereitstellen will. Und das, obwohl noch gar kein Planrecht besteht. Für den Bau der ebenfalls dringend benötigten dritten großen Schleuse in Brunsbüttel besteht andererseits Planrecht. Der Bund will das Vorhaben aber erst finanzieren, wenn die Elbe angepasst ist. Deswegen schlagen wir vor: Jetzt die vorbereitenden Arbeiten für den Bau der dritten großen Schleuse in Brunsbüttel beginnen, dann, wenn die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind, die Fahrrinne der Elbe anpassen, und anschließend die Arbeiten am Kanal fortsetzen. Dadurch sparen wir Zeit – packen wir es an!

Ganz generell und speziell mit Blick in den Süden unseres IHK-Bezirks warne ich davor, die maritime Verkehrsstruktur weiter zu vernachlässigen oder gar aufzugeben. Im Untereelberaum benötigt nicht nur die Tourismuswirtschaft funktionsfähige Wasserstraßen. Ich sage hier voraus: Auf mittlerer Sicht werden wir uns der zunehmenden Bedeutung des Transportes von Wirtschaftsgütern auf Wasserwegen

stellen müssen. Ein Transportweg, der günstig ist und ökologisch nur Vorteile aufweist. Unsere Flüsse und Häfen in dieser Region müssen entschlickt werden.

Und die Werften? Auf fast keine andere Branche hat die Krise so dramatische Auswirkungen gehabt wie auf den deutschen Schiffbau. Während die Konkurrenz aus Fernost massiv staatlich gefördert wird, hat die Bundesregierung dagegen die staatlichen Bürgschaften gekürzt. Und Banken, die ehemals stolz auf das Volumen ihrer Schiffsfinanzierungen waren, schauen heute bei Anfragen der Werften lieber scheu zur Seite. Angemerkt sei an dieser Stelle zwar, dass uns die sich abzeichnende Einigung zwischen Abu Dhabi Mar und ThyssenKrupp sowie die Unterstützung dieses Vorhabens durch die Landesregierung sehr erfreuen, aber wie kann es sein, dass wir einerseits die maritime Wirtschaft auf den nationalen maritimen Konferenzen regelmäßig als Zukunftsbranche unseres Landes bezeichnen, andererseits aber nicht bereit zu sein scheinen, in die deutschen Werften als Kerne der facettenreichen maritimen Wirtschaft zu investieren? Um es mit den Worten unseres Wirtschaftsministers zu sagen: „Wir fördern den Bau von Windparks mit unseren Stromrechnungen, aber die Errichterschiffe werden in Asien gebaut!“

Meine Damen und Herren, das Zitat liefert das Stichwort: Zur Infrastruktur gehört auch die Versorgung der Unternehmen – und für die habe ich hier zu sprechen – mit preiswerter Energie. Wie ja bekannt ist, hat sich die Landesregierung den pro-aktiven Ausbau der erneuerbaren Energien auf die Agenda gesetzt. Bekanntlich reichen die vorhandenen Netzkapazitäten aber überhaupt nicht aus. Das sieht ungefähr so aus, als würden Sie 20 Liter Wasser in einen 10-Liter-

Eimer drücken wollen. Durch das Energieeinspeisegesetz (EEG) ist jetzt die Rechtslage so, dass bei Abschaltung wegen mangelnder Netzkapazität die Einspeisevergütung trotzdem gezahlt wird. Das kann sich für die Steuerzahler und Stromabnehmer, also insbesondere die energieverbrauchende Wirtschaft, zu einer wahren Katastrophe auswirken. So eine Art Strafsteuer für die Unfähigkeit der Gesellschaft, für die erneuerbaren Energien auch die notwendigen Netze zur Verfügung zu stellen. Und um die Umsetzung dieser gewaltigen Vorhaben, mache ich mir sowohl zeitlich als auch insgesamt große Sorgen. Denn was uns Kaufleute umtreibt – und da greife ich noch einmal die von mir mehrfach angesprochenen Begriffe Verantwortung und Verlässlichkeit auf – ist der Umgang mit großen Infrastrukturprojekten in unserem Land, Stichwort: Stuttgart 21. Ich sage hier ganz klar: Die Grundstruktur unseres repräsentativen demokratischen Systems ist ein großer Gewinn für die Nachhaltigkeit unserer freiheitlichen Ordnung. Wir sollten diese Errungenschaft nicht aufs Spiel setzen!

Aber zurück zur Energie und zwar zu den Biogasanlagen und den Solarscheunen. Oder wie Sie – lieber Herr Ministerpräsident, es gerne formulieren – zu dem Zielkonflikt Teller oder Tank. Die Vollversammlung der IHK zu Kiel hat sich mit dieser Problematik ausführlich befasst. In einer Resolution und einem Brief an die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages rufen wir dazu auf, die Förderpraxis zugunsten regenerativer Energien kritisch zu überprüfen. Wir sind der Meinung, dass sie zwar gut gemeint ist, aber ökologisch ins Gegenteil umschlägt und obendrein erheblichen ökonomischen Schaden anrichtet.

Ich möchte folgendes deutlich sagen: Wir sollten für einen Übergangszeitraum auch weiter auf Möglichkeiten zur konventionellen Energieerzeugung wie Kohle oder Gas setzen, und auch die CCS-Technologie, also die Verbringung von CO₂ unter die Erde, ist zumindest wissenschaftlich zu erkunden. Der Anteil Deutschlands am weltweiten CO₂-Austausch beträgt weniger als zwei Prozent, Tendenz weiter sinkend. Fast täglich geht irgendwo in der Welt ein neues Kohlekraftwerk mit jahrzehntelanger Laufzeit ans Netz. Statt dem Bürger weiszumachen, dass mit dem Vertreiben eines Investors aus Brunsbüttel oder der ökonomisch zumindest fragwürdigen Entscheidung für den Bau eines Gas- statt eines Kohlekraftwerkes in Kiel die Welt gerettet wird, sollte mit der Erforschung der CCS-Technologie in Schleswig-Holstein lieber wirkliche Verantwortung für das Weltklima übernommen werden, meine Damen und Herren.

Ich komme zum dritten und letzten Bereich, in den trotz Sparens kräftig investiert werden muss: die Modernisierung unserer Verwaltungen. Hierin steckt riesiges Einsparpotential für die Zukunft. Dennoch kann ich es kurz machen. Die neuerlich angestoßene Strukturdebatte ist gut, und sie ist richtig. Wir werden sie mit Interesse verfolgen, jetzt werde ich aber nicht näher darauf eingehen. Die eigentliche Krux liegt meines Erachtens darin, dass die vielen Tausend Verwaltungsvorgänge, die täglich in unserem Land ablaufen, mehr an das Kaiserreich erinnern als an einen modernen Staat des 21. Jahrhunderts. Jeder von uns hier im Saal könnte dazu eine Geschichte erzählen, wie z. B. die des Unternehmers, der, um an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen, alle drei Monate einen

aktuellen Auszug aus dem Bundeszentralregister bei dem für seine Firma zuständigen Ordnungsamt beantragen muss, und nach Überwinden der jeweiligen Warteschlangen Zeuge wird, wie dieser Vorgang in der einen Amtsstube bearbeitet und in einer zweiten bezahlt, in einem Kassenbuch notiert und ebenfalls handschriftlich quittiert wird. Ich weiß, wovon ich rede. Ich behaupte, dass der riesige Berg der Verwaltungskosten nur durch voll elektronische amts- und behördenübergreifende Verwaltungsvorgänge abzutragen sein wird.

Abschließen möchte ich das Thema „Investieren in Zeiten des Sparens“ mit der Frage, die ich Ihnen förmlich von Lippen ablesen kann: Wer soll das alles bezahlen?

Die Antworten sind eigentlich alle nicht neu. Zunächst sollte die demografische Bildungsrendite meines Erachtens im Schulsystem belassen werden. Also, die Haushaltsmittel bei sinkenden Schülerzahlen für bessere Bildung genutzt werden. Ich weiß, dass sind eigentlich keine neuen Mittel. Besser wird es beim nächsten Posten, den Public Private Partnership-Modellen. Es gibt bereits gute Erfahrungen damit, und die Anwendung dieses Modells ließe sich schnell vervielfachen. Noch besser, dafür aber weniger angenehm, wird es beim Thema Mehrwertsteuer. Die MWSt bedarf einer völligen Neuordnung. Alle Ausnahmetatbestände gehören abgeschafft. Der Regelsatz könnte deutlich gesenkt und dadurch kräftige Wachstumsimpulse gesetzt werden, und zusätzlich könnte der Staat höhere Einnahmen erzielen. Die letzte Antwort ist nicht weniger heikel. Sie ist eine Forderung, die das Institut für Weltwirtschaft schon

seit vielen Jahren erhebt: das Zurückfahren der milliardenschweren Subventionen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren aus der Politik, wenn Sie für das Unternehmen Schleswig-Holstein einen vertrauens- und unterstützungswürdigen Geschäfts- und Investitionsplan vorlegen, dann wird die Wirtschaft an Ihrer Seite stehen!

Lassen Sie mich nun noch ein paar Worte zur IHK-Arbeit verlieren. Ein Bereich, dem wir nach wie vor viel Aufmerksamkeit schenken, ist die Unternehmensfinanzierung. Das Thema bleibt auch nach der Krise aktuell. Abgesehen von dem Trauerspiel, das unser Schiffbau erlebt, wird es in diesem und den kommenden Jahren branchenübergreifend nicht einfacher, an Geld zu kommen, weil die Kreditinstitute vorsichtiger sein müssen, und weil gleichzeitig die Anforderungen von Basel III jede Kreditvergabe schwieriger, mindestens aber teurer machen.

Vor diesem Hintergrund bildet die Eigenkapitalfinanzierung durch private Investoren eine interessante Alternative für viele Unternehmen. Die IHK zu Kiel hat deshalb im November des vergangenen Jahres erstmals Schleswig-Holsteins Türen für das Business Angels Netzwerk Deutschland e.V. geöffnet. Der überwältigende Zuspruch zu unserer Auftaktveranstaltung, die wir zusammen mit der CAU und anderen Partnern durchgeführt haben, ist unser Ansporn, die Finanzierungskultur der Business Angels in Schleswig-Holstein zu etablieren!

Ein ewiger Dauerbrenner in der Arbeit der IHK-Handelsexperten bleibt das Thema Stadtentwicklung. Auch wenn das Jahr 2010 für den Handel ausnahmsweise mal ein erfreulicheres war: Der Trend der letzten Jahre, ja Jahrzehnte, ist eindeutig: Immer mehr Verkaufsfläche vor allem auf der grünen oder grauen Wiese und stagnierende Umsätze in den Zentren führen zu einem Niedergang des Kulturguts Stadt und Dorf. Wer ist schuld? Wir alle tragen zumindest Teilschuld, denn als Kunden entscheiden wir, wo sich der Handel lohnt.

Aber vor allem die Politik muss begreifen, dass unsere Innenstädte schützenswert sind: Zwar hat die IHK Schleswig-Holstein unter Kieler Federführung 2010 noch sehr erfolgreich gegen eine Landesentwicklungsplanung gekämpft, für die „Wildwest-Szenarios“ bei der Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel angedacht waren, doch droht 2011 aus der damaligen Theorie Praxis zu werden. Unser Appell an Sie, liebe Vertreter der Landespolitik: Lassen Sie den geplanten Verkaufsflächengigantismus in Kaltenkirchen - betriebswirtschaftlich aus Sicht des Betreibers sicher nachvollziehbar - nicht zu! Nicht nur, weil die Politik sich damit über Landesplanungsrecht hinwegsetzen würde, sondern vor allem, weil die Innenstädte in Neumünster, Rendsburg, Henstedt-Ulzburg oder Norderstedt mit diesem Projekt mehr in die Knie gezwungen würden als mit jedem Designer Outlet Center!

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle will ich darauf verzichten, zu jedem einzelnen Geschäftsbereich oder zu den Entwicklungen in den sehr kundennah arbeitenden Zweigstellen Ihrer IHK hinzuweisen. Nur soviel: Ehrenamt und Hauptamt haben das Gefühl, dass wir uns

ständig besser aufstellen und Kundennähe und Service unseres Hauses sich sehen lassen können. Das ist uns letztlich auch im ISO-Zertifizierungsprozess der IHK zu Kiel eindrucksvoll bestätigt worden. Lassen Sie mich als Präsident einmal öffentlich sagen: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier in Kiel und in den Zweigstellen leisten für die gut 65.000 Mitglieder wirklich hervorragende Arbeit!

Bevor ich gleich die Mikrophone für Sie hier frei mache, nur noch soviel: Der Wirtschaft ist es relativ egal, wann die Neuwahlen stattfinden. Wir können uns auf vieles recht schnell einstellen. Wirtschaft ist ja flexibel. Was wir jedoch gar nicht mögen, sind unkalkulierbare Zustände. Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sind unbedingt notwendig, und genauso lehnen wir jede Art von Hängepartie im Vorfeld des Urnenganges ab. Stillstand kann sich dieses Land nun wirklich nicht leisten. Ich hoffe, dass zumindest dies in meiner Rede deutlich geworden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen Mut, für Ihre Region, für Ihr Land und für die Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Und denjenigen, die das schon getan haben, wünsche ich den Mut, auch gegen Widerstände zu Ihrer Verantwortung zu stehen. Und Ihnen allen wünsche ich ein glückliches, erfolgreiches Jahr 2011, wirtschaftlich viel Wohlergehen und privat möglichst viele glückliche Momente!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, Herr Ministerpräsident, wir freuen uns auf Ihr Grußwort!